

Personalratswahlen ~~2020~~

in der Bundesfinanzverwaltung

Informationen der
Vereinten
Dienstleistungs-
gewerkschaft

ver.di Forderungen für die Tarif- beschäftigten

Regelmässige Höhergruppierungen

ver.di kämpft dafür, dass regelmässig zentral durch das BMF veranlasste Höhergruppierungsmaßnahmen für Kolleg*innen, die geeignet und bereit sind, höherwertige Aufgaben wahrzunehmen, durchgeführt werden. Die Veranlassung hierzu darf nicht alleine der Generalzolldirektion überlassen werden. Kollege Stefan Adamski, Sprecher von ver.di in der Bundesfinanzverwaltung, hat bereits Gespräche mit Staatssekretär Dr. Rolf Böisinger geführt und ihn gebeten, umgehend eine neue Höhergruppierungsmaßnahme in die Wege zu leiten.

Definition des Begriffs "hoheitliche Aufgabe"

Die in der Bundesfinanzverwaltung gepflegte Definition des Begriffs „hoheitliche Aufgabe“ spiegelt eine Denkweise wieder, die der Meinung der öffentlichen Hand aus den 1950er und 1960er Jahren entspricht. Sehr viele Tätigkeiten, von denen die Verwaltung behauptet, sie dürften nur von Beamt*innen wahrgenommen werden, sind ohne weitere rechtliche Probleme auch von Tarifbeschäftigten wahrnehmbar. Dies betrifft insbesondere die Sachbearbeitung im Bereich der Abgabenerhebung, den Prüfungsdienst und die Straf- und Bußgeldsachenstellen.

Impressum

Vereinte
Dienstleistungs-
Gewerkschaft
Paula-Thiede-Ufer-10
10179 Berlin
Verantwortlich:
Nils Kamradt

STARKmit



Würde man der Argumentation der Verwaltung folgen, müsste beispielsweise die Deutsche Flugsicherung ihren Betrieb gänzlich einstellen, denn dort ist ein gesamter hoheitlicher Bereich privatwirtschaftlich organisiert und wird durch Tarifbeschäftigte durchgeführt. ver.di setzt sich für ein gleichberechtigtes Miteinander von Beamt*innen und Tarifbeschäftigten ein. Hiervon ist die Bundesfinanzverwaltung noch meilenweit entfernt.

Stärkung der Berufsausbildung, Ausbildungsoffensive der Bundesregierung, Wahrnehmung von Verantwortung in der Ausbildung

Die Bundesfinanzverwaltung pflegte bislang in verschiedenen Büroberufen Berufsausbildung im dualen System durchzuführen. Ver.di fordert, die Ausbildung neu zu ordnen und endlich einen Ausbildungsberuf anzubieten, der die Kolleg*innen auf die Anforderungen einer Tätigkeit in der Bundesfinanzverwaltung vorbereitet. Außerdem muss eine gute Eingruppierung erreicht werden, um Anreize zum Verbleib in der Verwaltung zu setzen. Die Ausbildungsoffensive der Bundesregierung ist weiterhin in größtmöglicher Weise zu unterstützen.

Ein neuer Ausbildungsberuf, z.B. zum/zur Verwaltungsfachangestellten, würden dem gerecht werden. Ausbildungskapazitäten müssen ausgeweitet werden. Ver.di ist hierbei die treibende Kraft in der Bundesfinanzverwaltung. Andere Verbände betreiben aktiv ein Zusammenschrumpfen von Berufsausbildung im dualen System.

Zulagen für alle

ver.di setzt sich im politischen Raum und besonders gegenüber dem BMI dafür ein, dass sämtliche für Beamt*innen geltenden Zulagen auch für Tarifbeschäftigte gezahlt werden. Meist sind dies jedoch übertarifliche Leistungen des Arbeitgebers, worauf ver.di einen im Vergleich zu Tarifverhandlungen eher geringen Einfluss hat. ver.di informiert stets sachlich über den Sachstand und ist mit hauptamtlichen Gewerkschaftssekretär*innen bei einer Vielzahl von Anhörungen beim BMI und im Deutschen Bundestag vertreten.

Eingruppierung von Tarifbeschäftigten im Bereich Ausfuhrkassenzettel in den Hauptzollämtern Singen und Lörrach

ver.di hat erneut im politischen Raum und gegenüber dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) eindringlich die Höhergruppierung der Kolleg*innen nach Entgeltgruppe 5 TVÖD eingefordert. Die Eingruppierung nach Entgeltgruppe 4 TVÖD ist schlichtweg falsch. Es wird höchste Zeit, dass die Höhergruppierung nach Entgeltgruppe 5 TVÖD erfolgt. Der Druck von ver.di und die Tatsache, dass das Thema von uns immer wieder gegenüber dem BMF und der Politik auf die Tagesordnung gesetzt wurde, sorgen dafür, dass sich endlich etwas bewegen könnte. Immerhin arbeitet man im BMF und der GZD an der Sache.